

Newsletter No. 24 von Frank Schmitt

Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

In dieser Ausgabe meines Newsletters informiere ich in gewohnter Weise über Themen aus dem Wahlkreis sowie aus der Bürgerschaft. Im Dezember haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft den Doppelhaushalt 2019/20 beschlossen. Er legt die Grundlagen dafür, Hamburg auch in den kommenden Jahren voranzubringen. Mit insgesamt 55 Haushaltsanträgen haben wir dabei als Regierungsfraktion auch eigene Akzente gesetzt. Über einige unserer Initiativen wird in dieser Ausgabe berichtet.

Am 26. Mai 2019 finden zwei Wahlen statt: Es werden die Abgeordneten für das Europäische Parlament und die Mitglieder der Bezirksversammlungen gewählt. Anlass genug, in der aktuellen Ausgabe auch hierauf detaillierter einzugehen und darzustellen, was wir als Hamburgische Bürgerschaft im Vorfeld auf den Weg gebracht haben, um die Wählerinnen und Wähler vor diesen wichtigen Wahlen zu informieren und zur Teilnahme an diesen Wahlen zu motivieren. Bitte nutzen Sie Ihre Stimmen und beteiligen Sie sich an den Bezirks- und Europawahlen!

Herzlichst

Ihr und Euer

Frank Schmitt

Hamburger Westen

Haus Rissen

Zuschuss für Maßnahmen

Die beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten für den Hamburger Westen, Anne Krischok und Frank Schmitt, begrüßen, dass die Finanzbehörde den Umbau und die Modernisierung des Gästehauses des Bildungsinstituts HAUS RISSEN aus Mitteln des investiven Quartierfonds bezuschussen wird. Die Gesamtkosten der Maßnahmen belaufen sich auf rund 580.000 Euro, der Zuschuss auf 250.000 Euro. Nach Abschluss der Maßnahmen werden dem HAUS RISSEN 84 Betten in 46 Zimmern für seine Gäste zur Verfügung stehen.

Frank Schmitt sagt: „Mit dem Zuschuss unterstreicht die Finanzbehörde die Bedeutung, die das HAUS RISSEN im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung hat. Mithilfe des finanziell aufgestockten Quartiersfonds stehen den sieben Bezirken insgesamt zehn Millionen Euro für konsumtive Zwecke zur Verfügung, über die sie in Eigenverantwortung entscheiden können. Über die Finanzbehörde stehen weitere zehn Millionen investive Mittel bereit, mit dem größere Maßnahmen vor Ort gezielt unterstützt beziehungsweise kofinanziert werden können.“

S-Bahn-Linie S1

Taktverlängerung und Ausweitung des Angebots

„Uns als SPD und Grüne ist der öffentliche Personennahverkehr ein großes Anliegen. Wir treiben im Rahmen einer hamburgweiten Angebotsoffensive den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs konsequent voran und wollen die Attraktivität der Angebote steigern“, sagte Frank Schmitt in der Bürgerschaft, in der über einen Antrag der Fraktionen SPD und Grüne über die „Ausweitung des Zehn-Minuten-Taktes der S-Bahn zwischen Blankenese und Wedel“ debattiert wurde. Auf Antrag der Regierungskoalition hat die Bürgerschaft am Ende des vergangenen Jahres beschlossen, der Senat möge die Möglichkeiten einer sinnvollen und mit Blick auf die Betriebsqualität vertretbaren weiteren Ausweitung des Zehn-Minuten-Taktes der S-Bahn-Linie S1 zwischen Blankenese und Wedel sowie die Möglichkeiten eines durchgehenden Betriebs der S-Bahn-Linie S1 zwischen Blankenese und Wedel in Wochenendnächten prüfen.

Auf der S-Bahn-Strecke zwischen Blankenese und Wedel wird bislang nur montags bis freitags in den Früh- und Spät-Hauptverkehrszeiten ein Zehn-Minuten-Takt angeboten. Außerhalb dieser Zeiten fahren die Züge der Linie S1 dort im 20-Minuten-Takt. Wiederholt artikulieren Bürgerinnen und Bürger in Iserbrook, Sülldorf und Rissen, aber auch im schleswig-holsteinischen Wedel, ihr Interesse an einer Ausweitung des Zehn-Minuten-Takts der S-Bahn zwischen Blankenese und Wedel, am bestens ganztags.

Das Angebot auf der zu einem Viertel in Schleswig-Holstein liegenden Strecke wurde daher in den vergangenen Jahren gemeinsam mit dem dortigen Aufgabenträger mehrfach verbessert. So wurde der Zehn-Minuten-Takt mehrere Male ausgeweitet, zuletzt zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2016: Da wurde der Zehn-Minuten-Takt montags bis freitags in die Innenstadt von 8.43 Uhr bis 9.03 Uhr (Abfahrt Wedel)

sowie Richtung Blankenese/Wedel von 19.26 Uhr bis 20.26 Uhr (Abfahrt Blankenese) verlängert.

Allerdings ist die überwiegend eingleisige Infrastruktur der Strecke (von 9,4 km Streckenlänge sind 6,3 km eingleisig) nicht dazu geeignet, einen über den ganzen Tag dauernden Zehn-Minuten-Takt pünktlich zu betreiben. Schon heute werden die mit der S-Bahn-Hamburg GmbH vereinbarten Pünktlichkeitsziele für das Gesamtnetz auf der Strecke zwischen Blankenese und Wedel vielfach nicht erreicht. Selbst minimale Unregelmäßigkeiten führen direkt zu Folgeverspätungen im Gesamtnetz der S-Bahn.

Die Unterbrechung des Zehn-Minuten-Takts ist daher erforderlich, um bis zum Beginn des Zehn-Minuten-Takts in der Spät-Hauptverkehrszeit die aufgelaufenen Verspätungen wieder abbauen zu können. Ein zweigleisiger Ausbau der Strecke zwischen Blankenese und Wedel ist derzeit aufgrund anderer Prioritätensetzungen nicht geplant. Dabei spielt auch eine Rolle, dass das bestehende Platzangebot allen Fahrgästen einen Sitzplatz ermöglicht. Auch für Fahrgastzuwächse sind im bestehenden Angebot noch ausreichend Kapazitätsreserven vorhanden.

Perspektivisch bieten das geplante elektronische Stellwerk (ESTW) Altona-West, das die alte, zum Teil noch aus den 1920er-Jahren stammende Stellwerkstechnik im Abschnitt Klein Flottbek bis Wedel ablösen soll, sowie die Einrichtung eines den Fahrbetrieb im Kernnetz der S-Bahn verflüssigenden Zugleitsystems nach dem Standard ETCS (European Train Control System) die Möglichkeit, eine bessere Betriebsqualität trotz Eingleisigkeit zu erreichen und somit auch die Frage des ganztägigen Zehn-Minuten-Takts neu zu bewerten.

Bis dies so weit ist, sollte allerdings geprüft werden ob mit Blick auf sich flexibilisierende Arbeitszeiten der Pendlerinnen und Pendler sowie längere Ladenöffnungszeiten noch eine weitere Angebotsausweitung möglich ist, ohne die Betriebsqualität auf der Strecke allzu sehr in Mitleidenschaft zu ziehen. Außerdem sollte die Ausweitung des durchgehenden Betriebs in Wochenendnächten, so wie er auf anderen Linienästen bereits üblich ist, bis Wedel geprüft werden.

„Die Idee entstand während der Sommertour unseres Fraktionsvorsitzenden Dirk Kienscherf mit meiner Kollegin in der Bürgerschaft für den Hamburger Westen Anne Krischok und mir. Dieser regte an, einen Zehn-Minuten-Takt testweise einzuführen und danach zu entscheiden, ob das Angebot angenommen wird und somit fortgeführt werden soll“, sagt Frank Schmitt und freut sich, dass es jetzt endlich eine Perspektive gibt, dass die S1 in kürzeren Abständen fährt und die Attraktivität gesteigert wird.

Bürgerdialog in Lurup

Verkehr und ÖPNV standen bei den Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt

„Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Gespräch kommen, deshalb bieten wir jedes Jahr in jedem Stadtteil unseres Wahlkreises einen Bürgerdialog an“, sagen Anne Krischok und Frank Schmitt, die beiden Bürgerschaftsabgeordneten für den Hamburger Westen. Begonnen haben sie die diesjährige Tour durch ihren Wahlkreis in Lurup im Bistro – Café Fama, das bis auf den letzten Platz gefüllt war. Neben den beiden Bürgerschaftsabgeordneten haben sich die Kandidatin und der Kandidat aus Lurup für die Bezirksversammlung vorgestellt: Julian Glau und Mayram

Fazeli kandidieren auf den ersten beiden Plätzen der Wahlkreisliste. Weiterhin stellten sich die Spitzenkandidaten für die Bezirksversammlung von der Bezirksliste, Thomas Adrian auf Platz 1 und Ute Naujokat auf Platz 2, den interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor.

Anne Krischok und Frank Schmitt gaben einen kurzen Abriss über die Themen, die auf der Agenda der Bürgerschaft stehen. Danach konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen vortragen. Viele Fragen und Anregungen drehten sich dabei um die Themen Verkehr und öffentlicher Personennahverkehr.

Beschwerden gab es von Seiten der Bürgerinnen und Bürger über die vielen Baustellen und die schlechte Koordination derselben. Hier konnten die Bürgerschaftsabgeordneten berichten, dass es nach einem Beschluss demnächst in jedem Bezirk einen Baustellenkoordinator geben werde, die Ausschreibungen seien am Laufen. Natürlich wurde auch nach dem Stand der Schienenanbindung für den Hamburger Westen gefragt. Die Bürgerschaftsabgeordneten sind sehr zuversichtlich, dass dieses Versprechen eingelöst werde. Frank Schmitt bezog sich dabei auf ein Interview, das ihm der Erste Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher für den Newsletter No. 23 gegeben hat. Auch wurde die Notwendigkeit einer Ampel über die Luruper Hauptstraße am Fama thematisiert. Hier konnten alle anwesenden Politikerinnen und Politiker bestätigen, dass diese realisiert werden wird.

Nach einem intensiven Austausch mit den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern nahmen die Politikerinnen und Politiker aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung viele Anregungen mit, die sie in ihre politische Arbeit einfließen lassen. Weitere Bürgerdialoge in den anderen Statteilen im Wahlkreis Vier sind bereits in Planung.

Schülerpraktikum

Zwei Wochen in die Politik geschnuppert

Im Rahmen eines Schulpraktikums konnte Natalie Dutschmann für zwei Wochen im Abgeordnetenbüro von Frank Schmitt Einblicke in die Tätigkeit eines Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft bekommen. „Die mir übertragenen Aufgaben im Abgeordnetenbüro und außerhalb des Büros im Stadtteil habe ich mit großer Freude erledigt. Zusammen mit Frank Schmitt und seinem Mitarbeiterstab im Abgeordnetenbüro konnte ich politische Arbeitsweisen eines Abgeordneten und die Wahlkreisarbeit kennenlernen“, sagte Natalie Dutschmann nach ihrem Praktikum.

Ein Programmpunkt war eine Rathausführung mit anschließendem Besuch einer Bürgerschaftssitzung: „Mit der Führung durch Frank Schmitt durfte ich einen Blick hinter die Kulissen des Rathauses werfen. Ich war begeistert von den schönen historischen Räumen. Anschließend die Debatten in der Bürgerschaft zu verfolgen war spannend und informativ zugleich. Während einer Pause hatte ich auch noch die Möglichkeit, mit anderen Politikern zu sprechen“, so Natalie Dutschmann weiter.

Nach zwei Wochen Praktikum resümierte Natalie Dutschmann: „Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich ein sehr schönes Praktikum hatte. Ich bedanke mich für neue berufliche Erfahrungen und voranbringende Einblicke in die Politik. Ganz herzlich möchte ich mich bei Frank Schmitt und seinem Mitarbeiterstab für die Möglichkeit bedanken, im Abgeordnetenbüro ein Praktikum machen zu können.“

Troncmittel

31.150 Euro für sechs gemeinnützige Projekte im Hamburger Westen

Anne Krischok und Frank Schmitt, die beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten für den Hamburger Westen, haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass sechs Projekte im Hamburger Westen insgesamt 31.150 Euro aus den sogenannten Troncmitteln erhalten. Die Hamburgische Bürgerschaft hat die Vergabe dieser Gelder im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits im Dezember beschlossen.

Dazu Frank Schmitt, der Wahlkreisabgeordnete für den Wahlkreis Vier: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, eine so beachtliche Summe aus Troncmitteln für diese sechs Projekte in den Wahlkreis zu holen. Im Laufe des Jahres 2019 können die Träger nach erfolgtem Bescheid ihre geplanten Anschaffungen in die Tat umsetzen. Ich freue mich schon, mir diese dann selbst vor Ort anzuschauen.“

Der Förderverein Klövensteen e.V. erhält 10.000 Euro für ein Faltzelt und eine Tonanlage für die Waldschule. Wolfgang Kaeser, Mitglied der SPD-Bezirksfraktion Altona und dort umweltpolitischer Sprecher, freut sich über die Zuwendung für die Waldschule des Fördervereins Klövensteen und sagt: „Die Vermittlung des Zusammenhanges von Mensch und Natur auch durch die Waldschule ist gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig und verdient jede Unterstützung.“

Der Runde Tisch Blankenese e.V. wird für 5.000 Euro Ausflüge mit Geflüchteten unternehmen, damit diese die Stadt kennenlernen können. Hendrik Sternberg, Mitglied der Altonaer SPD-Bezirksfraktion, lobt ausdrücklich die beiden Bürgerschaftsabgeordneten Anne Krischok und Frank Schmitt dafür, dass sie bei der Vergabe der Tronc-Mittel den „Runden Tisch Blankenese“ bedenken. „Der ‚Runde Tisch Blankenese‘ macht eine tolle und sehr erfolgreiche Arbeit mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement. Dies kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Klasse, dass unsere Bürgerschaftsabgeordneten dies auch so sehen und deshalb den ‚Runden Tisch Blankenese‘ mit einer Summe aus den Tronc-Mitteln unterstützen.“

5.000 Euro gehen auch an den Spielmanns- und Fanfarenzug Osdorf e.V. für eine Jubiläumsreise und die Beschaffung von Instrumenten. Der Zirkus Abrax Kadabrax bekommt 2.000 Euro für die Kücheneinrichtung des Zirkuscafés, der Anbau wurde bereits mit Troncmitteln unterstützt. „Dass auch in diesem Jahr wieder Troncmittel nach Osdorf fließen ist erfreulich. Der weit über die Stadtteilgrenzen hinaus bekannte Mitmachzirkus Abrax Kadabrax macht eine tolle generationsübergreifende Arbeit im Osdorfer Born. Künftig können die kleinen und großen Artisten sowie Besucherinnen und Besucher der dortigen Veranstaltungen mithilfe der neuen Kücheneinrichtung noch besser gepflegt werden. Der Spielmanns- und Fanfarenzug blau-weiß Osdorf führt mit hohem Engagement der Ehrenamtlichen seit weit über 40 Jahren Kinder- und Jugendliche im Stadtteil Osdorf niedrigschwellig an das Erlernen und Spielen von Musikinstrumenten heran, was ebenfalls sehr unterstützenswert ist“, betont Oliver Schmidt, der SPD-Bezirksabgeordnete aus Osdorf und jugendpolitische Sprecher.

Für die Anschaffung von drei externen Defibrillatoren erhält der ASB-Ortsverband Hamburg-West e.V. 4.800 Euro. Der NABU Gruppe West wird mit 4.350 Euro bei der

Anschaffung eines Containers für das Fließbargmoor sowie für eine Akkusäge unterstützt.

Die beiden Wahlkreisabgeordneten für den Wahlkreis Vier Anne Krischok und Frank Schmitt freuen sich, dass es wieder gelungen ist, bei der Vergabe der Troncmittel eine gute Mischung aus verschiedenen Politikfeldern, für Kinder und Jugendliche, sozialpolitische und ökologische Projekte und eine breite Berücksichtigung der Stadtteile im Wahlkreis zu erreichen.

Hintergrund zur Tronc-Abgabe:

Zur Unterstützung der gemeinnützigen Arbeit vergibt die Hamburgische Bürgerschaft Mittel aus der sogenannten Tronc-Abgabe an soziale Einrichtungen und Projekte sowie Stiftungen und Initiativen, die sich mit großem Einsatz und Engagement um die Belange von Kindern und Jugendlichen, den sozialen Ausgleich, die sportliche und kulturelle Förderung, dem ökologischen Ausgleich oder auch um das gute Zusammenleben in den Stadtteilen und der Nachbarschaft kümmern. Die Tronc-Abgabe ist die Bezeichnung für eine steuerliche Einnahme aus dem Tronc der Spielbanken. Diese stammen aus Zuwendungen, die von Spielbankbesucherinnen und -besucher für das Personal, für die Spielbank oder ohne ersichtliche Zweckbestimmung gegeben werden.

Airport Hamburg

Besichtigungen des Flughafens waren komplett ausgebucht

Zu zwei Besichtigungen des Flughafens, eine im Herbst 2018 und eine im Frühjahr 2019, haben Hamburg Airport und Frank Schmitt interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Beide Veranstaltungen erfreuten sich großer Nachfrage, beide waren bis auf den letzten Platz komplett ausgebucht.

Axel Schmidt, Leiter des Zentralbereichs Umwelt am Airport, hatte sich für die Besuchergruppe ein interessantes und abwechslungsreiches Programm ausgedacht. In der Modellschau wurde der Hamburger Flughafen im Maßstab 1:500 gezeigt. Gespickt mit humorvollen Einlagen und Anekdoten erklärte Axel Schmidt am Modell die einzelnen Gebäude auf dem Gelände, die Betriebsabläufe am Flughafen und gab einen Abriss über die Entstehung des Flughafens aus der Zeit der Zeppeline bis heute. Hier war auch Raum für eine Diskussion über den Fluglärm und zu Perspektiven des Flughafens. Zum Abschluss konnten die Besucherinnen und Besucher hautnah am Modell erleben, wie Flugzeuge starten und landen, Sounds und vibrierende Sitze lassen den simulierten Flugbetrieb lebendig werden.

Ein Highlight bei der Führung war der Besuch des Vorfeldes, handelt es sich dabei doch um einen Sicherheitsbereich, der grundsätzlich für Besucherinnen und Besucher gesperrt ist. Nach einer Sicherheitskontrolle wurden in einem Vorfeldbus die interessanten Betriebsstätten wie Feuerwehr, Zentrum des Vorfeldes, Tanklager, Pier und Vorfeld 2 angesteuert.

Wieder am Terminal angekommen gab es einen Abschlussimbiss, bei dem noch alle offen Fragen angesprochen werden konnten. „Ich bedanke mich bei Hamburg Airport für die Einladung und persönlich ganz herzlich bei Axel Schmidt für die interessante Führung durch den Hamburger Flughafen. Es war sehr spannend und informativ, was uns über den Flughafen berichtet wurde. Auch haben wir erfahren, wie der

Flughafen den Umweltschutz praktiziert, ein ganz wichtiger Aspekt, wie ich finde“, schließt Frank Schmitt.

Loki-Schmidt-Garten/Botanischen Garten der Universität

Bürgerschaft unterstützt die Pläne der Universität

In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 hat die Bürgerschaft unter anderem einen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen beschlossen, der die Zukunftsfähigkeit des Loki-Schmidt-Gartens sichern wird. Die Universität Hamburg muss von ihrem Etat in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 jeweils mindestens 3,7 Millionen Euro für die Unterhaltung des Loki-Schmidt-Gartens/Botanischer Garten zur Verfügung stellen.

Dazu Frank Schmitt: „Vor dem Hintergrund, dass Loki Schmidt am 3. März 2019 100 Jahre alt geworden wäre und im Hinblick auf das bevorstehende 200-jährige Jubiläum des Botanischen Gartens geben wir hiermit ein deutliches Signal, dass wir die Pläne der Hamburger Universität unterstützen, den Garten weiterzuentwickeln.“

Die Bürgerschaft nahm in der vergangenen Legislaturperiode ein Gutachten zur Kenntnis, das die Bedeutung des Botanischen Gartens für Wissenschaft und Forschung herausstellt. In diesem Gutachten wurde empfohlen, den Loki-Schmidt-Garten künftig als zentrale Betriebseinheit der Universität zu führen und eine wissenschaftliche Direktorin oder Direktor an die Spitze zu stellen. Die Uni setzt diese Empfehlungen schrittweise um und wird spätestens im Jahre 2020 eine Professur besetzen. Die notwendige Sanierung der Gewächshäuser kann mithilfe von Bundesmitteln durchgeführt werden.

„Die Bürgerschaft hat den Botanischen Garten auch in den vergangenen Jahren gefördert und wir freuen uns sehr darüber, dass jetzt noch mehr für die Weiterentwicklung getan wird. Diese grüne Oase in unserem Wahlkreis mit jährlich über einer halben Million begeisterten Besucherinnen und Besuchern ist ein attraktiver Erholungspunkt und hat auch internationale wissenschaftliche Bedeutung erlangt“, betont Frank Schmitt abschließend.

Senator-Neumann-Preis

Bildungshaus Lurup ausgezeichnet

Seit 1973 vergibt der Hamburger Senat alle fünf Jahre den Senator-Neumann-Preis für herausragende inklusive Projekte. Die Preisträger müssen maßgeblich an Leistungen und Arbeiten beteiligt sein, die die Interessen behinderter Menschen berücksichtigen und sich erfolgreich für Inklusion, Chancengleichheit und Selbstbestimmung einsetzen. Senatorin Melanie Leonhard und Ingrid Körner, Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, haben dem Bildungshaus Lurup, ein Kooperationsprojekt der Grundschule Langbargheide und der Kita Moorwisch, diesen Preis verliehen. Die Einrichtung sei das beste Beispiel für täglich gelebte Inklusion, begründete die Jury ihr Urteil. Die Auszeichnung ist mit 10.000 Euro dotiert.

Nach dem Urteil der Jury Sorge das Bildungshaus Lurup für Chancengleichheit, in dem die Angebote allen Kindern zur Verfügung stehen. Das Haus decke die meisten Lebensbereiche ab, sei vorbildlich in der Vielfalt der Partner und gehe über die

Schule hinaus in den Arbeitsmarkt. Hier begegneten sich die Menschen auf Augenhöhe, Herkunft, Alter und Behinderung spielen keine Rolle.

Namensgeber für den Preis ist der ehemalige Hamburger Senator Paul Neumann, der von 1925 bis 1933 für das Ressort Wohlfahrt zuständig war und nach dem Krieg den heutigen Sozialverband Deutschland mitgegründet hat. Um den Senator-Neumann-Preis haben sich in diesem Jahr 93 Einzelpersonen und Projekte beworben. Zwei Bewerbungen teilen sich den zweiten Platz: Die Erfinder der EiS-App zum leichteren Erlernen der Gebärdensprache und die Kulturfabrik Kampnagel für ihr inklusives Miteinander „auf, hinter und vor der Bühne“. Der Nachwuchspreis geht an die studentische Gruppe Enactus für ihr Stadt-Führungs-Projekt, bei dem alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rollstuhl sitzen.

Deutscher Kita-Preis 2019

Bildungshaus Lurup nominiert

Der Deutsche Kita-Preis ist eine Auszeichnung für besondere Qualität in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung. Dieses Jahr haben sich rund 1.600 Einrichtungen aus dem ganzen Bundesgebiet dafür beworben. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung hat in den vergangenen Wochen gemeinsam mit weiteren Fachleuten alle Bewerbungen gesichtet und 40 Bewerber für die zweite Runde ausgewählt, darunter auch das ‚Bildungshaus Lurup‘. „Nachdem die Einrichtung aus dem Hamburger Westen unlängst den Senator-Neumann-Preis gewonnen hat, ist das eine weitere Bestätigung für die gute Arbeit im Bildungshaus“, gratuliert Frank Schmitt, der Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. 25 Kitas und 15 lokale Bündnisse für frühe Bildung sind jetzt einen entscheidenden Schritt weiter und können darauf hoffen, im Mai 2019 eine der begehrten Trophäen mit nach Hause zu nehmen.

Hintergrund:

Der Deutsche Kita-Preis wurde 2018 erstmals verliehen. Er ist eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Partnerschaft mit der Heinz und Heide Dürr Stiftung, der Karg-Stiftung ELTERN, dem Didacta-Verband und der Deutschen Weihnachtslotterie.

Bus-Anbindung des Hamburger Westens wird ausgebaut

Taktverdichtung, zusätzliche Haltestellen und Linien

Sozialdemokraten und Grüne wollen die Verkehrsinfrastruktur im Hamburger Westen weiter verbessern. Da ein Anschluss des Hamburger Westens an das Schnellbahnnetz aufgrund der baulichen Herausforderungen erst später zur Verfügung stehen kann, sollen die Einrichtung einer zusätzlichen Busverbindung zwischen Othmarschen und Eidelstedt, eine weitere Haltestelle der Metrobuslinie 3 sowie weitere Verbesserungen wie etwa Taktverdichtungen geprüft werden. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen wurde in der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft Anfang April beschlossen.

Dazu Dorothee Martin, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Im Hamburger Westen zeigt sich, wie wir Wohnen und Mobilität gemeinsam weiterentwi-

ckeln können. Das Mammutprojekt ‚A7-Deckel‘ wird gemeinsam mit dem geplanten Schienenanschluss für zusätzliche Lebensqualität in den Stadtteilen sorgen. Bis dahin ist uns aber bewusst, dass die Kapazitäten im ÖPNV verbessert werden müssen. Mit dem Pilot-Einsatz des on-demand-Shuttles ‚ioki‘ konnten wir hier bereits ein attraktives Zusatzangebot schaffen. Mit einer zusätzlichen Buslinie und weiteren Haltestellen bauen wir das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs jetzt nochmals aus und sorgen für eine bessere Erreichbarkeit im Hamburger Westen. Wir werden den ÖPNV in Hamburg Schritt für Schritt verbessern.“

Frank Schmitt ergänzt: „Es wird noch Zeit brauchen, bis die Schienenanbindung für Lurup und den Osdorfer Born kommt. Mit dem Bau des A7-Deckels, der den Stadtteil Bahrenfeld wieder zusammenbringen wird, kommen zusätzliche Herausforderungen auf den Hamburger Westen zu. Vor diesem Hintergrund ist für uns klar, dass wir in Vorleistung gehen müssen. Wir wollen daher das Busangebot optimieren und ausbauen.“

„dialogP“

Frank Schmitt diskutierte mit Schülerinnen und Schülern des Jenisch-Gymnasiums

Auch im Schuljahr 2018/19 fand „dialogP“ in drei Bundesländern statt: Neben Hamburg konnten Schülerinnen und Schüler auch in Brandenburg in den Dialog mit den Abgeordneten treten.

Engagiert, informiert und interessiert: Die Schülerinnen und Schüler des Jenisch-Gymnasiums in Osdorf haben bei der Dialogveranstaltung „dialogP“ mit Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft diskutiert. Für die SPD-Fraktion nahm Frank Schmitt gerne die Einladung an und hat sich mit den Schülerinnen und Schüler über deren vorgeschlagenen Themen auseinandergesetzt. „dialogP“ ermöglicht Begegnungen zwischen Jugend und Politik und möchte somit eine Brücke zwischen Jugend und Politik bauen.

Bürgerschaft

Einigung mit Volksinitiative

Bessere Qualität

Die Regierungsfractionen haben sich mit der Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ auf ein Gesetz zur Verbesserung der Betreuungsqualität in Hamburger Kitas verständigt. Die Bürgerschaft hat einen entsprechenden Antrag von SPD und Grünen beschlossen, mit dem die Betreuungssituation für Kinder stufenweise weiter verbessert und rechtsverbindliche Umsetzungsfristen festgehalten werden. „Das Gesetz wird die Hansestadt verpflichten, bis zum 1. Januar 2021 den Fachkraftschlüssel für die Betreuung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr auf 1:4 zu erhöhen. Zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und dem Schuleintritt soll ab dem 1. Januar 2024 ein Fachkraftschlüssel von 1:10 gelten“, hebt Frank Schmitt, Vorsitzender des Ausschusses für Familien, Kinder und Jugend, die zentrale Forderung hervor.

Klare Gewinner der Einigung mit der Volksinitiative sind die Hamburger Kinder und ihre Eltern sowie die Beschäftigten in den Kitas. Jetzt gibt es erstmals einen Rechtsanspruch auf Betreuungsqualität in Krippen und Kitas.

Bürgerschaft startet Mediathek

Intensiver in die Parlamentsarbeit eintauchen

Die Hamburgische Bürgerschaft wird transparenter und digitaler: Seit Mitte Dezember präsentiert sich das Landesparlament mit einer modernen Mediathek und ermöglicht damit einen freien Zugang zu den Plenardebatten für jedermann, an jedem Ort, zu jeder Zeit und auf jedem Gerät. Interessierte können Reden einzelner Abgeordneter oder ganze Debatten in HD-Qualität anschauen und herunterladen. Auch die Plenarsitzungen seit Juli 2017 können unter www.hamburgische-buergerschaft.de/mediathek heruntergeladen werden.

Gut zwei Jahre haben Technikerinnen und Techniker an dem digitalen Projekt der Bürgerschaft gearbeitet. Statt bisher einer fangen nun vier Kameras das Geschehen im Plenarsaal ein. In Kombination mit der neuen Medientechnik und zusätzlichen Informationen zum Sitzungsablauf liefern die Bilder die Grundlage für den Livestream der Plenarsitzungen, der in einem eigens eingerichteten Regieraum im Rathaus produziert wird. Daraus entstehen die Videos für die Mediathek. Dort sind sie für jedermann leicht auffindbar und werden passend zum Endgerät, wie PC, Laptop, Smartphone, Tablet, ausgespielt. Nutzerinnen und Nutzer können nach folgenden Kriterien recherchieren: Rednerinnen und Redner, Fraktionen, Worten aus den Titeln der Tagesordnungspunkte und Drucksachen-Nummer.

Vorteile der Mediathek sind, dass Bürgerinnen und Bürger nun intensiver in die parlamentarischen Abläufe eintauchen und auf diese Weise Entscheidungen noch besser nachvollziehen können. Und für Abgeordnete wird es einfacher, Videos der eigenen Reden zu veröffentlichen und zu verbreiten. Medien können die heruntergeladenen Bewegtbilder für ihre Berichterstattung nutzen und Schulen steht das Material für den Politikunterricht zur Verfügung.

Europa-und Bezirksversammlungswahlen

Informations-und Motivationskampagne

Am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zu den Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament statt. Am 23. Februar 2020 wird dann die Hamburgische Bürgerschaft gewählt. Seit 2014 werden in Hamburg die Bezirksversammlungen am Tag der Europawahl gewählt. Davor fanden die Bezirksversammlungswahlen gemeinsam mit der Bürgerschaftswahl statt. Während die Wahlbeteiligung zur Europawahl gegenüber dem Jahre 2009 um 8,7 Prozent auf 43,4 Prozent stieg, sank die Wahlbeteiligung in den Hamburger Bezirken um durchschnittlich 13 Prozent gegenüber 2011 auf 40,3 Prozent. Die Hamburgische Bürgerschaft setzt gemeinsam mit weiteren Akteuren wie der Landeszentrale für Politische Bildung, dem Landeswahlamt, dem Jugend-Informationszentrum, der Senatskanzlei, den Bezirken, dem INFO-POINT Europa und dem Landesinstitut für Lehrerbildung auf eine umfassende, abgestimmte Informations- und Motivationskampagne zu den beiden bevorstehenden Wahlen. Dabei werden Informationen zu den politischen Systemen und dem Wahlvorgang an sich mit Informationen zu den Kandidierenden und Motivationsprojekten, die zum Mitmachen einladen, verknüpft. Dabei soll ein Fokus auf die Erstwählerinnen und Erstwählern gerichtet werden.

Seitens der Bürgerschaft soll bei der Auswahl und Gestaltung von Maßnahmen für die Wahlen im Mai im Schwerpunkt auf bewährte Formate zurückgegriffen werden, die auf direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern setzen und unter Beteiligung von Abgeordneten aller Fraktionen funktionieren. Neben den jungen Adressatinnen und Adressaten von „dialogP“ oder der „It’s your choice“Tour soll zusätzlich gezielt auf Seniorinnen und Senioren zugegangen und – erstmalig in Deutschland – mit dem sogenannten analogen Wahl-O-Mat ältere Bürgerinnen und Bürger beispielsweise in Senioreneinrichtungen erreicht werden. Insgesamt sind die nachstehenden Einzelmaßnahmen in gemeinsame, arbeitsteilige Planungen mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren eingebettet. Abgestimmte Einzelaktivitäten sollen zu einer möglichst breiten Informations- und Aktivierungskampagne insgesamt führen. So nimmt auch die Bürgerschaft als eigentlich nicht zur Wahl stehendes Parlament ihre Rolle als Politikvermittlerin in der Stadt verstärkt wahr.

„dialog P“:

Bei diesem erprobten und bewährten Unterrichtsprojekt diskutieren Schülerinnen und Schüler mit Abgeordneten aller Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft oder in Vorbereitung der Bezirksversammlungswahl mit Mitgliedern der Bezirksversammlungen. Es sind bis zu 25 Veranstaltungen in Stadtteilschulen und Gymnasien geplant.

„It's your choice-Tour“:

Bei der „It's your choice“Tour haben Hamburger Schulen Gelegenheit, im größeren Format eine kombinierte Podiums- und Publikumsdiskussion mit Mitgliedern der Bürgerschaft zu veranstalten. Geplant sind bis zu zehn Veranstaltungen.

Unterrichtsmaterialien:

Neben dem bereits vorliegenden Arbeitsmaterial „Die Hamburgische Bürgerschaft – Politik für unsere Stadt“ (Klassen 7 bis 10), das im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2015 herausgebracht wurde, erschien weiteres modular aufgebautes Unterrichts-

material. Unter dem Titel „Hamburg wählt!“ sollen Schülerinnen und Schüler auf die anstehenden Wahlen aufmerksam gemacht werden und deren Bedeutung herausgestellt werden. Das maßgeschneiderte Unterrichtsmaterial zu den Bezirksversammlungs- und Europawahlen kann im Unterricht an Stadtteilschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen eingesetzt werden.

Informationsfilme „Simple Shows“:

Hierbei handelt es sich um einfache und kurze Erklärvideos mit Hamburg-Bezug zu folgenden Themen:

Wie funktioniert die Wahl zu den Bezirksversammlungen?

Wie funktioniert die Wahl zum Europäischen Parlament?

„Wahl-O-Mat analog“ in Senioreneinrichtungen und -treffs:

Dieser Wahl-O-Mat zum Aufkleben ist der „kleine Bruder“ des digitalen Wahl-O-Mat. Er funktioniert völlig analog auf großen Leinwänden wie ein Lochkartensystem. Die Nutzerinnen und Nutzer können gemeinsam die Thesen besprechen und ihre Zustimmung oder Ablehnung durch das Anbringen von Aufklebern zeigen. Am Ende bekommen sie ein Wahl-O-Mat-Ergebnis digital errechnet und ausgedruckt. Am 3. Mai wird er in der Zentralbibliothek am Hühnerposten vorgestellt und von 16:30 bis 18 Uhr auch für die Hamburger Öffentlichkeit spielbar sein.

Anpassung der Bürgerschafts-Internetseite:

Die Startseite auf www.hamburgische-buergerschaft.de wird angepasst. Hier und auf der Seite www.du-bist-entscheidend.de wird ab Ende April informiert über:

Was macht das Europäische Parlament?

Was machen die Bezirksversammlungen?

Wie wird gewählt?

Außerdem sollen hier Informationen zu allen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksversammlungswahl zu finden sein.

Am 26. Mai 2019 wird gewählt

Bezirksversammlung: Was wird gewählt?

Für jeden Hamburger Bezirk wird eine Bezirksversammlung gewählt. Durch die Bezirksversammlung wirkt die Bevölkerung an den Angelegenheiten mit, die für den jeweiligen Bezirk von Bedeutung sind.

Die Bezirksversammlung Altona besteht aus 51 Mitgliedern, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie kontrolliert die Führung der Geschäfte des Bezirksamtes und kann in allen Angelegenheiten, für die das Bezirksamt zuständig ist, bindende Beschlüsse fassen. Zudem verfügt sie über Mittel, die auf Antrag zur Umsetzung bezirklicher Projekte verwendet werden können.

Die Bezirksversammlungen fassen zum Beispiel Beschlüsse und Empfehlungen zu Bebauungsplänen, zur Jugendhilfe oder sozialen Infrastruktur, zu Sanierungsmaßnahmen, Verkehrsfragen oder für die Stadtteilkultur.

Die Bezirksversammlung hat ein umfassendes Informationsrecht gegenüber dem Bezirksamt und anderen Hamburger Behörden. Sie kann gegenüber anderen Behörden der Hansestadt Empfehlungen aussprechen. Außerdem schlägt sie dem Senat die Bezirksamtsleitung per Wahl vor.

Für spezielle Fachfragen oder Themen von regionaler Bedeutung setzt die Bezirksversammlung Ausschüsse ein, die ihr in der Regel in öffentlicher Sitzung zuarbeiten, Beschlüsse vorbereiten und sich mit Detailfragen befassen.

In die Bezirksversammlung können nur Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, die in dem jeweiligen Bezirk wohnen.

Wer ist wahlberechtigt bei der Bezirksversammlungswahl?

Wahlberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks, die am Wahltag

- die deutsche Staatsbürgerschaft haben oder Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der EU sind,
- mindestens 16 Jahre alt sind,
- seit mindestens drei Monaten in Hamburg wohnen und
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlbenachrichtigung

Alle Personen, die als wahlberechtigt im Wahlberechtigtenverzeichnis stehen, erhalten eine Wahlbenachrichtigung. Das Wahlberechtigtenverzeichnis wird hierzu aufgrund der Angaben im Melderegister erstellt. Die Wahlbenachrichtigungen werden in der Zeit vom 15. April bis zum 5. Mai 2019 an die Wahlberechtigten versandt.

Die Wahlbenachrichtigungen enthalten im unteren Abschnitt die Wahlbenachrichtigungskarte, die Sie ins Wahllokal mitnehmen sollten. Die unterschiedliche Farbgebung dieser Wahlbenachrichtigungskarten zeigt, an welcher Wahl Sie teilnehmen können:

Weißer Wahlbenachrichtigungskarte: Sie können an der Europawahl und der Wahl zu den Bezirksversammlungen teilnehmen.

Blaue Wahlbenachrichtigungskarte: Sie können an der Europawahl teilnehmen.

Gelbe Wahlbenachrichtigungskarte: Sie können an der Wahl zu den Bezirksversammlungen teilnehmen.

Wenn Sie bis zum 5. Mai 2019 keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, sich aber für wahlberechtigt halten, melden Sie sich bitte bei Ihrer bezirklichen Wahldienststelle.

Der Wahlbenachrichtigung liegen Musterstimmzettel bei. Grund für die Versendung des Musterstimmzettel-Hefts für die Bezirksversammlungswahl ist das stark personalisierte Bezirksversammlungswahlrecht mit fünf Stimmen für den Bezirkslisten-Stimmzettel und fünf Stimmen für den Wahlkreislisten-Stimmzettel. Jede Partei beziehungsweise Wählervereinigungen kann bis zu 60 Kandidierende für ihre Bezirksliste aufstellen und je nach Größe des Wahlkreises bis zu sechs beziehungsweise zehn Kandidierende für die jeweilige Wahlkreisliste. Deshalb werden mehrseitige Stimmzettel verwendet. Die Wahlberechtigten sollen deshalb die Gelegenheit erhalten, sich nicht erst in der Wahlkabine mit dem Stimmzettel und den Kandidierenden zu befassen. Das Musterstimmzettel-Heft ist eine Besonderheit Hamburgs.

Der Europawahl-Stimmzettel ist dagegen nur einseitig bedruckt und es kann nur eine Stimme auf eine der aufgeführten Parteien abgegeben werden. Die Stimme kann nicht für einzelne Kandidierende der Parteien abgegeben werden. Der Stimmzettel und das Wahlrecht sind bei der Europawahl daher zwar nicht so vielschichtig wie bei der Bezirksversammlungswahl, es ist trotzdem sinnvoll, sich bereits vor dem Wahltag auch mit dem EU-Stimmzettel vertraut zu machen.

Ausübung des Wahlrechts

Briefwahl

Nutzen Sie auch die Möglichkeit der Briefwahl. Die Unterlagen sind einfach per Post, Fax oder E-Mail zu beantragen. Sie erhalten dann die Briefwahlunterlagen zugeschickt. Sie können auch bei Ihrer bezirklichen Wahldienststelle den Antrag persönlich stellen und sogar gleich vor Ort per Brief wählen.

Stimmzettel

Für die Europawahl erhalten Sie einen weißen Stimmzettel.

Für die Wahl zu den Bezirksversammlungen erhalten Sie zwei Stimmzettel, einen für die Bezirkslisten (gelber Stimmzettel) und einen für die Wahlkreislisten (roter Stimmzettel).

Worin unterscheiden sich Bezirks- und Wahlkreislisten?

Mit den Stimmen auf den Bezirkslisten (gelber Stimmzettel) bestimmen Sie,

- welche Partei wie viele Sitze in der Bezirksversammlung bekommt und
- in welcher Reihenfolge die Kandidierenden einer Partei in die Bezirksversammlung einziehen.

Mit dem roten Stimmzettel (Wahlkreislisten) bestimmen Sie, welche Kandidierenden aus Ihrem Wahlkreis direkt in die Bezirksversammlung einziehen. Auf diesem Stimmzettel können Sie Ihre Stimme ausschließlich Kandidierenden geben und nicht einer Partei insgesamt.

Wie viele Stimmen kann ich bei den Wahlen abgeben?

Bei der Bezirksversammlungswahl können Sie zehn Stimmen abgeben: fünf auf dem gelben Bezirkslisten-Stimmzettel und fünf auf dem roten Wahlkreislisten-Stimmzettel.

Bei der Europawahl können Sie eine Stimme für eine Partei beziehungsweise Vereinigung abgeben.

Europaparlament: Was wird gewählt?

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden alle fünf Jahre gewählt. Als einzige direkt gewählte überstaatliche Versammlung der Welt vertritt das Europäische Parlament die Interessen der EU-Bürgerinnen und -Bürger auf europäischer Ebene. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und ernennt die Kommissionsmitglieder (als Kollegium), die ihm über ihr Handeln Rechenschaft ablegen müssen. Es erlässt Rechtsvorschriften und verabschiedet jedes Jahr den Unionshaushalt. Es vertritt uns im Ausland und reagiert auf unsere Petitionen. Seine Mitglieder gestalten mit ihren Debatten unser politisches und soziales Leben, und sie achten dabei die Werte des Vertrags der Europäischen Union.

2019 werden in Deutschland 96 Europaabgeordnete gewählt, genauso viele wie bei der Europawahl 2014.

Wer ist wahlberechtigt bei der Europawahl?

Wahlberechtigt sind alle Deutschen und auch alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürgerin/Unionsbürger), die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die am Wahltag

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten
in der Bundesrepublik Deutschland
oder
in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union
eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Informationen zum Wahltag

Die Wahllokale haben in der Zeit von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Auch ohne Wahlbenachrichtigungskarte können Sie in Ihrem Wahllokal wählen. Voraussetzung ist aber, dass Sie im Wahlberechtigtenverzeichnis stehen. Wenn der Wahlvorstand Sie im Wahlberechtigtenverzeichnis findet, müssen Sie sich nur noch ausweisen, beispielsweise mit dem Personalausweis oder dem Reisepass. Ihr Wahllokal können Sie über den Wahllokalfinder ermitteln oder Sie erfragen Ihr Wahllokal beim Telefonischen Hamburg Service unter der Telefonnummer 115.

Altonaer Wahldienststellen:

Platz der Republik 1
22765 Hamburg
Tel.: (040) 42811-3123

Bornheide 47a
22549 Hamburg
Tel.: (040) 42811-5411
Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag: 8 bis 16 Uhr
Freitag: 8 bis 14 Uhr

E-Mail:
briefwahl@altona.hamburg.de

Bürgerschaft

Doppelhaushalt 2019/2020

Weichen für 20er Jahre gestellt, Schuldengrenze wird eingehalten

Den Doppelhaushalt 2019/2020 hat die Bürgerschaft zum Jahresende beschlossen. SPD und Grüne stellen damit die Weichen für die 20er-Jahre. Für das laufende und kommende Jahr sind 15,51 Milliarden beziehungsweise 15,97 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln vorgesehen, um Hamburg weiter voranzubringen. Mit dem Haushalt trägt die Regierungskoalition den durch steigende Bevölkerungszahlen veränderten Bedarfen in der Stadt Rechnung.

Die Regierungsfraktionen haben insgesamt 55 Haushaltsanträge mit einem Volumen von fast 50 Millionen Euro zum Haushaltsplan-Entwurf des Senats beigesteuert. Dazu Frank Schmitt: „Als Fraktionen konnten wir noch einmal am ausgewogenen Haushalt des Senats feinjustieren. Diesen Gestaltungsspielraum haben wir unter anderem dazu genutzt, um Maßnahmen zum Opferschutz auszubauen, Mensen und Wohnheime für Studierende zu fördern und die Hamburger Feuerwehr besser auszustatten. Zugleich unterstützen wir Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt mit dem Aufbau sozialer Netzwerke in den Stadtteilen und der Stärkung der ehrenamtlichen Seniorenarbeit vor Ort. Alle Anträge hatten das gemeinsame Ziel, Hamburg als Zukunftsmetropole zu etablieren – innovativ, sozial, mit Chancen, Perspektiven und mehr Lebensqualität für alle.“

Damit stellt sich die Koalition der Verantwortung, den Rahmen für das Wachstum so zu gestalten, dass Hamburg für die hier lebenden Menschen eine attraktive und lebenswerte Stadt bleibt. Eine Stadt, die zukunftssichere Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen, vielfältige Bildungsangebote und attraktive Grünflächen, soziale Sicherheit und gute städtische Dienstleistungen, kulturelle Vielfalt und eine funktionierende Infrastruktur bietet. Dieser Verantwortung wird der beschlossene Haushalt gerecht.

„Der Haushaltsplan stellt zugleich sicher, dass wir die Schuldengrenze unserer Verfassung und des Grundgesetzes erreichen. Wir setzen unsere 2011 begonnene nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik fort und stellen zugleich eine dem Wachstum der Stadt angemessene finanzielle Ausstattung der Verwaltung sicher. Wir planen vorsichtig bei den Steuereinnahmen und halten die Grenzen des Finanzrahmengesetzes ein, das uns seit 2012 den Weg zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung gewiesen hat. Wir haben Vorsichtsabschläge eingeplant als Vorsorge für konjunkturelle Risiken. Für das Jahr 2020 beträgt diese Vorsorge 150, 2021 200 und 2022 300 Millionen Euro. Unser Haushalt ist fit für eine wachsende Stadt und die finanziellen Herausforderungen der Zukunft“, zeigt sich Frank Schmitt mit dem Haushalt zufrieden.

Rekordausgaben für Familien, Jugendliche und Kinder

Schwerpunkt der Politik von SPD und Grüne

Rahmen der Haushaltsberatungen wurde in der Bürgerschaft auch über den Etat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration debattiert, für die im Haushaltsplan-Entwurf insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro vorgesehen sind. Frank

Schmitt, Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses, sagt: „Wir investieren nochmals stärker in frühkindliche Bildung und Betreuung. Wir bauen Krippen und Kitas weiter aus, bei gleichzeitiger Verbesserung der Betreuungsqualität, dabei gehen Ausbau und Qualitätssteigerung Hand in Hand. Im Doppelhaushalt sind dafür erstmals rund zwei Milliarden Euro vorgesehen, rund eine Milliarde pro Haushaltsjahr. Damit machen wir mehr. Mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr für Chancengerechtigkeit von Anfang an und mehr für eine gelungene Integration.“

Gestärkt werden soll auch die Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken. Mit dem Haushaltsplan 2019/2020 gibt es eine deutliche Steigerung der Rahmenzuweisungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, womit beispielsweise Tarifsteigerungen ausgeglichen werden können. „Das ist ein klares Bekenntnis zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg. Auch mithilfe des finanziell aufgestockten Quartiersfonds können die 2017 mit Sondermitteln geschaffenen Integrationsangebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fortgeführt werden.“

Die Zuwendungen für die Jugendverbandsarbeit werden erhöht. Der Haushaltsplan trägt insbesondere in den Bereichen früher Bildung und Betreuung sowie der Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit die Handschrift der Regierungsfractionen von SPD und Grünen. „Die Rekordausgaben zeigen: Die Belange von Familien, Kindern und Jugendlichen sind ein deutlicher Schwerpunkt unserer Politik!“, sagt Frank Schmitt und freut sich über diese Entwicklung.

Sportförderung

Rekordinvestitionen in die Zukunft des Sports

„Mit der Dekadenstrategie und dem Masterplan ‚Active City‘ haben Senat und Bürgerschaft ein tragfähiges Fundament für eine Stadtentwicklung geschaffen, die Sport und Bewegung in Hamburg fördert und ermöglicht“, erläutern Anne Krischok und Frank Schmitt, die beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten für den Hamburger Westen. Durch die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten sei auch die Sportinfrastruktur in ihrem Wahlkreis Vier bereits jetzt merklich erweitert und modernisiert worden. Damit sei jedoch noch lange nicht Schluss. Wie aus den Antworten auf eine Kleine Anfrage der drei SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Anne Krischok, Dr. Mathias Petersen und Frank Schmitt hervorgeht, wurden dort seit 2011 bereits sechs öffentliche Sportplätze mit insgesamt mehr als zehn Millionen Euro sowie das Hallenbad Elbgaustraße mit rund 230.000 Euro instandgesetzt beziehungsweise modernisiert. Für rund 3,5 Millionen Euro wurden im Marschweg in Rissen Großspielfelder und Funktionsgebäude neu gebaut. Andernorts wurden beispielsweise Kunstrasenplätze angelegt oder neue Umkleidehäuser gebaut. Überdies wurden in zehn Schulsportstätten knapp zwölf Millionen Euro investiert, etwa durch Sanierungen, Neu- oder Zubauten.

Sanierung, Unterhaltung und Neubau vereinseigener Anlagen von Mitgliedervereinen des Hamburger Sportbundes wurden in den Jahren 2011 bis 2017 für die gesamte Freie und Hansestadt Hamburg mit insgesamt 14.480.000 Euro gefördert. Andreas Bernau, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Altona, lobt den Einsatz für den Sport im Bezirk: „Im Bezirk Altona haben wir in den vergangenen Jahren sehr große Fortschritte im Bereich der Modernisierung von Sportanlagen gemacht. So entsteht zum Beispiel an der Baurstraße in Othmarschen die modernste Sportanlage der

Stadt, welche ein Vorbild für zukünftige Maßnahmen sein wird. Die finanziellen Mittel des Senates und der Bürgerschaft sind gut und richtig, aber auch zukünftig müssen diese bereit gestellt werden, da die Menschen nicht nur in Hamburg leben und arbeiten, sondern auch in ihrem Umfeld vernünftig Sport treiben wollen.“

Bis 2020 sollen insgesamt zusätzliche 10,5 Millionen Euro für die Sportförderung bereitgestellt werden. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung haben Bürgerschaft und Senat ein außerordentliches Paket geschnürt, das der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Sports gerecht wird. Die Fördersumme von 10,5 Millionen Euro verteilt sich wie folgt:

- 3,2 Millionen Euro sind für die Sanierung vereinseigener Anlagen vorgesehen,
- 2,6 Millionen Euro für Maßnahmen im Bereich des Masterplans Active City (MPAC),
- 1,5 Millionen Euro für die Absicherung des Vereinssports in vom Schulbetrieb abgemieteten Sporthallen,
- 1,2 Millionen Euro für Infrastrukturbedarfe des Vereinssports in Schulsporthallen,
- 2 Millionen Euro für den Ausbau von Bezirkssportanlagen.

Ergänzt durch bereits geplante Aufstockungen im Haushaltsplan 2019/20 werden der sportlichen Infrastruktur in Hamburg in den kommenden Jahren über 14,8 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Hinzu kommt ein verdoppelter Kreditrahmen von zehn Millionen Euro über den Sportförderkredit der Behörde für Inneres und Sport. Diese Hilfen werden die Situation der Sportstätten in Hamburg nachhaltig verbessern.

Freiwillige Feuerwehr

Fortsetzung der Sanierungsoffensive

Die Freiwilligen Feuerwehren sind mit ihren ehrenamtlichen Einsatzkräften im täglichen Einsatzgeschehen ein fester und bedeutender Bestandteil der hamburgischen Sicherheitsarchitektur. Sie unterstützen die Berufsfeuerwehr nicht nur im Brandschutz, sondern auch in der Erstversorgung im Rettungsdienst und in der Technischen Gefahrenbeseitigung. Außerdem wirkt die Freiwillige Feuerwehr im Katastrophenschutz mit.

„Damit diese wichtigen Aufgaben weiterhin gesichert und ausgebaut werden können, hat die Bürgerschaft für die Jahre 2019 und 2020 jeweils 2,5 Millionen Euro für Sanierungen bei den Freiwilligen Feuerwehren in den Haushalt eingestellt“, sagt Frank Schmitt und freut sich über die Zustimmung in der Bürgerschaft.

In den zurzeit 86 Wachen der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg engagieren sich mittlerweile 2.630 Freiwillige, die die Berufsfeuerwehr tatkräftig unterstützen. Dabei sind auch 142 Frauen. Erfreulich ist, dass in Hamburg gegen den Bundestrend seit Jahren ein Kräftezuwachs verzeichnet werden kann. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten zudem hervorragende Jugend- und Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen und ermöglichen uns Hamburgerinnen und Hamburgern durch ihren ehrenamtlichen Einsatz viele gesellschaftliche Veranstaltungen. „Für dieses Engagement möchte ich

mich ganz herzlich bedanken. Die Feuerwehrfrauen und -männer engagieren sich ehrenamtlich in ihrer freien Zeit“, so Frank Schmitt.

Um den Freiwilligen Feuerwehren gute Rahmenbedingungen sowohl für die Stadteilarbeit und Nachwuchsarbeit als auch für die Unterstützung der Berufsfeuerwehr in den Einsätzen zu ermöglichen, ist es erforderlich, die bereits im Jahr 2013 gestartete Sanierungsoffensive fortzuschreiben und weitere Feuerwehrhäuser zu sanieren, umzubauen oder zu ersetzen und damit die Bedingungen für die Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig zu verbessern. „In den vergangenen Jahren konnten durch die Sanierungsoffensive viele wichtige Bauvorhaben realisiert und angeschoben werden, beispielsweise auch in Rissen“, sagt Frank Schmitt.

Die Maßnahmen erfolgen anhand der sogenannten Ampelliste, die die Freiwillige Feuerwehr aufgestellt hat. Mit diesem Verfahren wird sichergestellt, dass im Rahmen der Sanierungsoffensive die Prioritäten aus Sicht der Freiwilligen Feuerwehren richtig gesetzt werden und die Auswahl der am dringendsten anzugehenden Objekte unabhängig von der Art der konkret erforderlichen Baumaßnahme in der Entscheidung der Freiwilligen Feuerwehr liegen. Die Realisierungen der notwendigen An-, Um- und Neubaumaßnahmen hängen dabei neben der Frage der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch von örtlichen Rahmenbedingungen ab, wie beispielsweise die nachbarschaftliche Akzeptanz, Fragen des Bau-, Denkmalschutz- und Umweltschutzrechts. Diese Faktoren können einer Baumaßnahme im Einzelfall entgegenstehen und zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen. In diesen Fällen wird dann die Priorisierung für An-, Um- und Neubaumaßnahmen durch die „Ampelliste“ neu bewertet, um keine Verzögerungen bei der Umsetzung der Sanierungsoffensive entstehen zu lassen. Auch weiterhin sind Neubauten und umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in der Planung, beispielsweise auch für den Gesundheitsschutz der Feuerwehrkräfte durch Schaffung der Bedingungen für die Schwarz-Weiß- Trennung in Form von Schleusen, Duschen und separaten Umkleieräumen für die Schutzkleidung.

Zudem soll die Situation für weibliche Feuerwehrmitglieder verbessert werden, damit noch mehr Frauen und Mädchen für das Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr gewonnen werden können. Dazu müssen jedoch in den Feuerwehrhäusern geschlechterspezifische Raumlösungen gefunden werden, wie zum Beispiel getrennte Dusch- und Sanitärbereiche und Umkleidemöglichkeiten.

Es hat sich auch ein Bedarf an kleineren Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten an Bestandsgebäuden der Freiwilligen Feuerwehr gezeigt. Auch diese Maßnahmen jenseits kompletter Sanierungen und Neubauten sollen im Rahmen der Sanierungsoffensive durchgeführt werden, damit die Arbeitsbedingungen der Ehrenamtlichen vor Ort möglichst schnell und den Bedarfen entsprechend verbessert werden können.

Parks und Grünanlagen

Parks und Grünanlagen zügig in das Erhaltungsmanagement einbeziehen

Im Haushalt 2019/20 werden die Finanzbedarfe für das Erhaltungsmanagement Parks und Grünanlagen inklusive Spielplätze je nach Planungsfortschritt angemessen berücksichtigt. Das Erhaltungsmanagement soll mit einem trans-

parenten, nach Stadtteilen und Bezirken sowie der Gesamtstadt sortierten Monitoring begleitet und der Bürgerschaft regelmäßig vorgelegt werden.

Der Senat hat bereits 2013 begonnen, den Sanierungsstau abzubauen und die Priorität auf die Sanierung und Instandhaltung von Infrastruktur gesetzt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Infrastruktur in einen guten Zustand zu bringen und diesen in der Folge dauerhaft zu erhalten. Im Juni 2018 hat der Senat stadtweit geltende, verbindliche Management-Standards für die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur eingeführt und ein integriertes, übergeordnetes Berichts- und Monitoringwesen initiiert. Dieser Ansatz soll zu einem systematischen Erhaltungsmanagement der ganzen Stadt weiterentwickelt werden, das den dauerhaften Erhalt der Infrastruktur sichert. „Der Bereich Spielplätze passt mit dieser Systematik zum Bürgerschaftlichen Ersuchen ‚Hamburgs Infrastruktur Schritt für Schritt in Ordnung bringen – Gemeinsam mit den Bezirken ein systematisches Erhaltungsmanagement auch für Hamburgs Spielplätze entwickeln‘ von Anfang des Jahres 2018“, sagt Frank Schmitt.

Im Haushalt ist für die Grundinstandhaltungserfordernisse der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze der Aufbau eines Erhaltungsmanagementsystems (EMS) für Grünanlagen und Spielplätze geplant. In der ersten Phase soll der Schwerpunkt auf den Spielplätzen liegen. Als Anschubfinanzierung für den Aufbau des Erhaltungsmanagementsystems sind zunächst Mittel in Höhe von insgesamt 14 Millionen Euro für drei Jahre eingestellt: Im Jahr 2019 vier, 2020 sechs und für 2021 nochmal vier Millionen Euro.

Hamburg wächst und mit der Zunahme der Bevölkerung werden auch die öffentlichen Grünanlagen stärker beansprucht. Gerade bei zunehmender Dichte und Urbanität sind Oasen der Frische und Erholung für das Leben in Ballungsräumen wie Hamburg notwendig. Darum stellen Parks und Grünanlagen eine wichtige öffentliche Infrastruktur dar. Grünanlagen unterliegen darüber hinaus wie andere Einrichtungen im öffentlichen Raum einem beständigen Erneuerungs- und Wartungsbedarf.

Hamburg ist eine grüne Stadt, nicht zuletzt durch die über 300 kleinen und großen Parkanlagen im Stadtgebiet. „Fortlaufend wird in der Stadt in den Erhalt der Parks investiert. Beispielsweise mit Maßnahmen anlässlich des Jubiläums ‚100 Jahre Altonaer Volkspark und Hamburger Stadtpark‘, die aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 gefördert worden sind“, nennen Anne Krischok und Frank Schmitt eine Maßnahme aus dem Bezirk Altona.

Eine systematische Erhaltungsstrategie für Grünanlagen wurde indessen noch nicht entwickelt. Darum ist es wichtig, die Parks und Grünanlagen zügig in das Erhaltungsmanagement für die Stadt einzubeziehen.

Broschüre „Freiwilliges Engagement im Jugendverband“

Informationen zum freiwilligen Engagement

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Hamburg e.V. eine Broschüre entwickelt, die Informationen zu Fragen rund um das freiwillige Engagement von Schülerinnen und Schülern enthält. Anhand von Fallbeispielen werden Möglichkeiten zu Themen wie der Hausaufgabenplanung, der Anerkennung in Zeugnissen oder der Freistellung vom Unterricht aufgezeigt. Informationen zum Engagement im Jugendverband und eine

Übersicht der über 60 staatlich anerkannten Jugendverbände unserer Stadt runden das Heft ab.

Die Broschüre „Freiwilliges Engagement im Jugendverband“ kann beim zuständigen Referenten in der Schulbehörde, Thomas Bressau, unter 040 428 63 4147 oder per E-Mail unter thomas.bressau@bsb.hamburg.de angefordert werden. Digital ist sie unter dem Link www.hamburg.de/engagementfuerbildung zu finden.

Zuwendungen aus dem Haushalt wurden nochmal erhöht

Bürgerhäuser und-beteiligung werden verstärkt

Bürgerhäuser sind eine wichtige Säule sozialräumlicher Angebote in den Bezirken. Sie sind überwiegend in Gebieten angesiedelt, die im Sozialmonitoring 2017 der Stadt Hamburg mit dem Sozialstatus „niedrig“ ausgewiesen sind. In diesem anspruchsvollen Umfeld entwickeln die Bürgerhäuser den spezifischen Bedarfen des Sozialraumes angemessene Angebote, die von Kultur über Bildung bis zu Partizipation und Vernetzung reichen. Gleichzeitig stärken die Bürgerhäuser durch das zur Verfügung stellen von Räumen für Initiativen und Vereine die Zivilgesellschaft und Beteiligungskultur vor Ort und erreichen vielfältige Zielgruppen in den Stadtteilen.

„Die Bürgerhäuser werden im Wesentlichen aus den bezirklichen Einzelplänen finanziell gefördert. Die für die Jahre 2017 und 18 erfolgte Erhöhung der Zuwendung um rund zehn Prozent war ein wichtiges und langersehntes Signal und eine reelle Hilfe für die Häuser. Diese strukturelle Erhöhung der Zuwendung wurde auch im Haushaltsplan-Entwurf des Senats fortgeschrieben. Angesichts der gestiegenen Aufgaben und steigenden Bevölkerungszahlen hat die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsberatungen eine weitere Erhöhung dieser strukturellen Zuwendungssumme um 100.000 Euro ab dem Haushaltsjahr 2019 beschlossen“, sagt Frank Schmitt. „Für den Bezirk Altona bedeutet dies für die Produktgruppe ‚Sozialraummanagement‘ 12.589 Euro mehr im Jahr 2019 und 15.312 Euro mehr im Jahr 2020“.

Auch besteht weiterhin Bedarf, Steigerungen bei Personal- und Betriebskosten auch über die Förderung mit aufzufangen. Es ist daher sinnvoll und geboten, die im Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 im Bereich Stadtteilkultur eingeführte 1,5-prozentige Steigerung auch auf die Bürgerhäuser auszudehnen.

„Die Bürgerhäuser benötigen neben einer hinreichenden finanziellen Unterstützung auch eine organisatorische Unterstützung. Während die Stadtteilkulturzentren eine Ansprechstelle in der Kulturbehörde haben, fehlt Vergleichbares für die Bürgerhäuser“, stellt Frank Schmitt einen Punkt dieses Beschlusses vor. Daher soll in der für die Bezirke zuständigen Behörde eine Ansprechstelle entstehen, die künftig eng insbesondere mit den bezirklichen Fachämtern Sozialraummanagement und Bürgerhäusern zusammenwirkt sowie örtliche Aktivitäten – zum Beispiel in Gestalt von Bürgerbeteiligungsprozessen in allen seinen Ausprägungen – beratend mit Methodenkompetenz zur Seite steht.

„Jugend im Parlament“

36-seitige Resolution an Präsidentin übergeben

Hamburgs Zukunft: Mehr bezahlbarer Wohnraum, WLAN-Ausbau an Schulen, Bekämpfung von Sexismus, bessere Integration von Flüchtlingen und eine Stärkung des Europäischen Parlaments, so sehen die Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 24. Ausgabe von „Jugend im Parlament“ aus.

Eine Woche lang haben 119 Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende im Alter von 15 bis 21 Jahren aus 50 Gymnasien, Stadtteilschulen und Beruflichen Schulen sowie aus 15 Unternehmen bei Hamburgs größtem Politik-Planspiel debattiert. In fünf Fachausschüssen – Schule, Europa, Wissenschaft und Gleichstellung, Stadtentwicklung sowie Arbeit, Soziales und Integration – haben sie eine 37-seitige Resolution erarbeitet und sie im Plenarsaal der Bürgerschaft an Präsidentin Carola Veit übergeben.

Die Verfasserinnen und Verfasser fordern darin unter anderem eine Verschärfung der gesetzlichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Mietpreisbremse und eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Der Schulausschuss befasste sich wiederum mit der Frage, wie die Digitalisierung an den Schulen weiter vorangetrieben werden kann. Gewünscht sind etwa der Ausbau von WLAN an Schulen, kostenloser Zugang zu Unterrichts-Apps sowie die Anschaffung von Laptops und Tablets für Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus werden in der Resolution Fortbildungsmaßnahmen für das pädagogische Personal in Kitas und Schulen gefordert, um Sexismus in der Gesellschaft bereits frühzeitig zu verhindern. Es gebe derzeit kaum Aufklärungsprogramme, mit denen dieses Phänomen präventiv bekämpft werde, heißt es. Wenn es um die bessere Integration von Flüchtlingen geht, stellen sich die Jugendlichen etwa mehr Möglichkeiten für einen kulturellen Austausch sowie mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit vor. Schließlich formulierten sie im Bereich Europapolitik das Ziel nach einer Stärkung des EU-Parlaments und die Forderung nach mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

„Die Resolution floss als offizielle Drucksache in die Arbeit der Bürgerschaft ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von ‚Jugend im Parlament‘ wurden in die Fachausschüsse des Landesparlaments eingeladen, um ihre Vorschläge gemeinsam mit den Abgeordneten zu diskutieren“, erläutert Frank Schmitt, Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses, wie mit der Resolution verfahren wurde. Sie wurde in den Fachausschüssen mit den jungen Menschen diskutiert und abschließend im Familienausschuss beraten.

Die nächste Veranstaltung von „Jugend im Parlament“ findet vom 16. bis 20. September 2019 statt. Für Klausuren, Prüfungen und wichtige Arbeiten werden die Jugendlichen selbstverständlich von der Veranstaltung freigestellt. Bewerben können sich alle Hamburgerinnen und Hamburger zwischen 15 und 21 Jahren, allerdings nur einzeln. Die Anmeldung muss folgende Angaben enthalten: Vorname, Name, vollständige Anschrift, Geburtsdatum, telefonische Erreichbarkeit, E-Mail, Name und Anschrift der Bildungseinrichtung oder des Arbeitgebers. „Ich wünsche mir, dass auch in diesem Jahr diese Veranstaltung ebenso gut angenommen wird wie in den vergangenen Jahren“, schließt Frank Schmitt.

Öffentlicher Personennahverkehr

HVV-Angebot ausgeweitet und Änderungen im HVV-Tarifsysteem

„Längere Züge, neue Bahnen, größere Busse und dichtere Takte. Mit der Fahrplanumstellung im Dezember 2018 wurde das HVV-Angebot so stark ausgebaut wie seit Jahrzehnten nicht. Das breite Maßnahmenpaket, das der Hamburger Senat mit den Verkehrsunternehmen der Hansestadt vereinbart hat, bringt mehr Auswahl bei der Verbindungswahl sowie mehr Komfort für die Nutzerinnen und Nutzer. Davon profitieren auch die Menschen im Westen Hamburgs“, sagt Frank Schmitt und freut sich über die Maßnahmen.

Beispielsweise fahren die Züge der S-Bahnlinie S1 an Wochenenden, in den Randstunden und im Nachtverkehr jetzt mit sechs Wagen und bei der S-Bahnlinie S11 werden im Berufsverkehr ausschließlich nur noch Vollzüge eingesetzt, in denen bis zu 1.000 Fahrgäste Platz haben. Auch bei der S-Bahnlinie S2 fahren im Berufsverkehr Vollzüge und die Betriebszeiten wurden um eine Stunde ausgeweitet. Bei den S-Bahnlinien S3 und S31 werden im Berufsverkehr ausschließlich Langzüge zwischen Elbgaustraße und Neugraben eingesetzt, die bis zu 1.500 Fahrgästen Platz bieten.

Auch die Verbesserungen im Hamburger Busverkehr zum Fahrplanwechsel sind enorm. So werden in Hamburg künftig 90 Großraumbusse mit 21 Meter Länge, statt den bisherigen Standardbussen mit nur 18 Meter Länge auf den Straßen unterwegs sein. Damit werden auf den Metrobuslinien 5, 6, 7 und 13 bis zu 20 Prozent Kapazitätssteigerung erreicht. Auch wird das Schnellbusnetz neu geordnet und optimiert. Die neue Stadtbuslinie 392 ersetzt die bisherige zuschlagspflichtige Schnellbuslinie 39 auf der Strecke von Teufelsbrück bis Ohlsdorf. Die Blankeneser Bergziege (Schnellbus 48) wurde durch die zuschlagsfreie neue Stadtbuslinie 488 ersetzt. Und die Stadtbuslinie 111 wurde vom Bahnhof Altona über die Elbchaussee bis nach Teufelsbrück verlängert. Die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein (VHH) bieten auf den Linien 3, 15, 21 und 22 häufigere Fahrten an beziehungsweise setzen größere Busse ein.

Zwei Gruppen sollen durch eine zukünftige Änderung im Tarif des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) besonders profitieren: Auszubildende sowie Seniorinnen und Senioren. Entsprechende Anträge wurden von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen.

Auf Initiative von SPD und Grünen soll für Auszubildende die Einführung einer rabattierten HVV-Zeitkarte geprüft werden, die sich preislich am Semesterticket für Studierende orientiert. Der Beitrag für das Semesterticket beträgt derzeit 179,20 Euro pro Semester. Eine Jahreskarte für Auszubildende für den Bereich „Hamburg AB“ kostet derzeit 805,20 Euro. Dazu Frank Schmitt: „Wir wollen, dass auch Azubis in den Genuss einer preislich dem Semesterticket vergleichbaren HVV-Karte kommen können. Während Studierende mit dem Semesterticket den öffentlichen Personennahverkehr seit langem außerordentlich günstig nutzen können, gibt es für Azubis kein vergleichbares Angebot.“

Da der günstige Preis für das Semesterticket nur dadurch möglich ist, dass die Studierendenschaften Verträge mit dem HVV für alle ihre Mitglieder abschließen, muss nun zunächst mit den Kammern geklärt werden, ob ein solches Modell auch für die Auszubildenden ihrer Mitgliedsbetriebe möglich ist. Darüber hinaus muss dann

noch geprüft werden, wie auch Auszubildende, die nicht über ihren Ausbildungsbetrieb einer Kammer angehören, solch ein vergünstigtes Ticket erhalten können. Dies betrifft beispielsweise die Auszubildenden in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie angehende Erzieherinnen und Erzieher.

Auch Seniorinnen und Senioren sollen von den Änderungen im Tarifsystem des HVV profitieren. Spätestens zum 1. Januar 2020 soll die Sperrzeit für die HVV-Senioren-Karte abgeschafft werden. Bisher dürfen Seniorinnen und Senioren ihre Abokarte unter der Woche nicht im Zeitfenster von 6 bis 9 Uhr morgens nutzen.

Das vergünstigte Senioren-Ticket trägt der besonderen Situation von Hamburgerinnen und Hamburgern ab 63 Jahren Rechnung, indem es deutlich günstiger als ein reguläres Ticket angeboten wird. So kann etwa das Ticket für den Bereich „Hamburg AB“ rund 41,4 Prozent günstiger als reguläre Zeitkarten erworben werden. Damit ist diese Karte für viele Seniorinnen und Senioren ein wichtiges Mittel, um im Alter mobil zu bleiben.

Das Ziel der SPD ist es, den öffentlichen Personennahverkehr weiter auszubauen und den Anteil des Bahn- und Busverkehrs in der Stadt nachhaltig zu erhöhen. „Dies gelingt aber nur, wenn der öffentliche Personennahverkehr in unserer Stadt für alle Hamburgerinnen und Hamburger attraktiv und auch bezahlbar ist“, fasst Frank Schmitt zusammen.

Bezirke im Dialog

Politische Teilhabe vor Ort stärken

Im Rahmen der Haushaltberatungen hat die Bürgerschaft beschlossen, dass der Senat die Bezirksämter und -versammlungen dabei unterstützen soll, vorhandene Mittel zum Zwecke der Teilhabe, Öffentlichkeitsarbeit und Inklusion einzusetzen, um die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu stärken. Den Bezirken sollen nach Ausschöpfen der vorhandenen Ermächtigungen pro Haushaltsjahr zusätzlich 20.000 Euro pro Bezirkseinzelnplan für Belange der politischen Teilhabe, Inklusion und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Schließlich soll sichergestellt werden, dass diese zusätzlichen Mittel mindestens zur Hälfte für Belange der Inklusion, zum Abbau von Barrieren, zur politischen Teilhabe von Menschen mit besonderen Bedarfen oder für die niedrigschwellige Angebote zur Teilhabe von Menschen im Bezirk verwendet werden.

Frank Schmitt, Fachsprecher für Bezirke seiner Fraktion, erläutert den Hintergrund dieses Antrages: „Die Hamburger Bezirksversammlungen leisten wichtige Arbeit der politischen Willensbildung und sind dabei als kommunale, politische Akteure besonders nah an den Bürgerinnen und Bürgern. Die Hamburger Bezirksämter bieten bereits jetzt umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort etwa bei größeren Bauvorhaben. Gleichzeitig ist das Interesse der Hamburgerinnen und Hamburgern an Partizipation bei Entwicklungen im Bezirk in den vergangenen Jahren stetig gewachsen.“

Um den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre lokalen Bezirkspolitikern und -politiker besser kennen zu lernen, soll die eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksversammlungen gestärkt werden. Dazu sollen die Bezirksversammlungen bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um in Zeiten steigender Politikverdrossenheit die Bürge-

rinnen und Bürger noch stärker als bisher direkt in die politischen Prozesse vor Ort einzubinden und mehr Transparenz herzustellen.

Dabei ist es ganz zentral, dass Partizipation und Teilhabe selbstverständlich allen Menschen im Bezirk ermöglicht wird, auch jenen mit besonderen Bedarfen. Daher kommt den Bezirken bei der Inklusion eine besondere Verantwortung zu, um die Teilhabe am politischen Leben im Bezirk voranzubringen. Bereits jetzt werden dazu in den Bezirken ganz unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Einige Bezirke haben bezirkliche Inklusionsbeiräte eingerichtet. Manche Bezirksämter übersetzen ihre Informationsflyer in Leichte Sprache oder bieten Gebärdensprachdolmetschung bei Anhörungen oder Ausschusssitzungen an. Im Bestreben, diese Angebote mit bezirklichen Mitteln auszubauen, sind die Bezirksversammlungen zu unterstützen, da sie essentieller Teil einer ganzheitlichen Partizipation sind.

Angemessene Vergütung für gute Arbeit

Stellenbewertungen in der Bezirksverwaltung

„Eine wachsende Metropole wie Hamburg ist angewiesen auf einen qualifizierten und motivierten Personalkörper. Ob bei der Prüfung von Bauanträgen und der Überplanung öffentlichen Raumes oder in den Kundenzentren bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen unmittelbar am Bürger“, formuliert Frank Schmitt. Umso entscheidender ist es, dass die Stadt ihren Angestellten und Beamtinnen und Beamten ein ansprechendes Arbeitsumfeld und attraktive Bedingungen bieten kann, da Hamburg sich hierbei im stetigen Wettbewerb um die klügsten Köpfe befindet. Sogar innerhalb der Gliederungen der öffentlichen Verwaltung Hamburgs lässt sich stellenweise ein Ungleichgewicht bei der formalen Wertigkeit zu besetzender Dienstposten feststellen, etwa wenn man die Bezirksämter im Vergleich zu den Fachbehörden betrachtet.

„In den Bezirken werden für das Funktionieren der Stadt unersetzliche Tätigkeiten ausgeübt. Dennoch lässt sich zwischen der Bedeutung der Arbeit in den Bezirken und der dafür geleisteten Vergütung eine gewisse Diskrepanz feststellen“, argumentiert Frank Schmitt.

Insbesondere innerhalb Hamburgs kann sich die Konkurrenz zwischen Fachbehörden und Bezirksverwaltung um qualifiziertes Personal im Status quo unvorteilhaft auf die bezirkliche Seite auswirken. Hier erscheint es angebracht, die besondere Rolle, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter annehmen, angemessen zu würdigen, auch weil sie die typische Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung darstellen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die öffentliche Verwaltung auch in Hamburg gefordert ist, sich dem wachsenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal zu stellen. Eine Überprüfung der Situation in den Bezirksämtern zur Angleichung an die Situation in den Fachbehörden kann hier ein weiterer Schritt sein.

Deshalb hat die Hamburgische Bürgerschaft den Senat gebeten zu prüfen, inwiefern bei der Bewertung von Stellen in den Bezirksverwaltungen die Intensität und Frequenz des Bürgerkontakts insbesondere in den Prioritätshandlungsfeldern wie zum Beispiel Baugenehmigungen sowie Stadt- und Verkehrsplanung und den Fachämtern Management des öffentlichen Raums (MR) eine Höherbewertung angemessen erscheinen lässt und dabei die gesamte Vergütungsstruktur der

Bezirksämter zu berücksichtigen. Des Weiteren zu prüfen, inwiefern im Falle von Quereinsteigerinnen und -einsteigern zuvor außerhalb der Verwaltung gesammelte Berufserfahrung noch stärker bei der Ermittlung der jeweiligen Erfahrungsstufe Berücksichtigung finden kann. Der Bürgerschaft ist über erste Ergebnisse bis zum 3. Quartal 2019 zu berichten.

„Alsterdetektive“

Neue Folge „Langfinger-Alarm“ erschienen

Das kann doch kein Zufall sein: Nicht nur auf dem Hafengeburtstag, auch auf einem weiteren Hamburger Straßenfest werden Passanten beklaut. Und das beim Auftritt derselben Artisten!

In ihrem sechsten Fall „Langfinger-Alarm“ bekommen es die Alster-Detektive Johanna, Koko, Marek und Lukas mit einer organisierten Diebesbande zu tun. Zum Glück können die vier Achtklässlerinnen und Achtklässler wie immer auf die Unterstützung von dem Abgeordneten Jörg Strasser zählen. Zusammen mit ihm haben sie bereits fünf Kriminalfälle gelöst. Das Hörspiel „Langfinger-Alarm“ ist als MP3-CD mit allen sechs Folgen erschienen.

Die neue Hörspielbox kann online unter www.alster-detektive.de bestellt werden oder als Mp3 auf der genannten Website angehört werden.

Broschüre mit Ferien und-Erholungsangeboten für 2019

Auf in die Ferien! Freizeiten für allein reisende Kinder und Jugendliche

„Viele Schülerinnen und Schüler denken bereits im Frühjahr gerne an die kommenden Ferien und beginnen diese zu planen“, weiß Frank Schmitt. „Kinder und Jugendliche ab sieben Jahre, die ohne Eltern verreisen, finden in der Broschüre des Jugendinformationszentrums tolle Angebote für Freizeiten in den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien.“

Alleinreisende Kinder und Jugendliche haben viele Möglichkeiten, spannende Ferien mit Gleichaltrigen ohne Eltern zu verbringen: Die sportlichen Angebote reichen von Fußballspielen, Reiten, Ski und Snowboard fahren bis hin zum Segeln. Die jungen Urlauber können auch als Indianer auf die Pirsch gehen oder als Detektiv spannende Fälle lösen, die Natur entdecken, Party machen, ins Mittelalter oder ins Meer eintauchen oder einfach nur am Strand liegen.

„Die Angebote sind nach Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien sowie nach dem Bundesland, in dem die Freizeit stattfindet, gegliedert. Sommerfreizeiten im europäischen Ausland und Segeltörns führt die Broschüre gesondert auf. Die Freizeiten können ein Wochenende oder auch mehrere Wochen dauern. Teilweise ist es möglich, Zuschüsse oder Ermäßigungen durch das Bildungspaket zu beantragen“, so Frank Schmitt weiter.

Die Broschüre liegt in den Kundenzentren der Bezirke, bei Jugendämtern, in den Kinder- und Familienzentren, in den Häusern der Jugend und in den Bücherhallen aus.

Außerdem kann sie im JIZ-Infoladen (Dammtorwall 1) abgeholt werden. Der JIZ-Infoladen ist montags bis donnerstags von 12.30 bis 17 Uhr sowie freitags von 12.30 bis 16.30 Uhr geöffnet.

Des Weiteren kann die Broschüre unter www.hamburg.de/jiz heruntergeladen werden. Angebote zur Ferien- und Freizeitgestaltung finden sich auch im Netz auf der Homepage www.jugendserver-hamburg.de.

Impressum

Abonnieren

Der Newsletter ist kostenfrei abonnierbar, Sie erhalten dann die aktuellste Ausgabe per E-Mail oder Post, je nachdem für welche Variante Sie sich entscheiden. Sie verpassen dann auch nicht die aktuellsten Termininformationen, die im Kurznewsletter „Komm in Tritt, triff Frank Schmitt!“ angekündigt werden.

Für die elektronische Ausgabe des Newsletters können Sie sich einfach selbst in die Verteilliste auf der Internetseite www.frank-schmitt.info eintragen.

Abgeordnetenbüro

Frank Schmitt, MdHB

SPD Abgeordnetenbüro

Luruper Hauptstraße 274

22547 Hamburg

Telefon: (040) 876 004 66

Fax: (040) 876 004 67

E-Mail: abgeordnetenbuero@frank-schmitt.info

Internet: www.frank-schmitt.info

Öffnungszeiten

Montags von 10 bis 13 Uhr

Dienstags von 14 bis 17 Uhr

Vereinbaren Sie außerhalb der Öffnungszeiten bitte einen Termin.

Während der Schulferien ist das Büro nicht zu den Öffnungszeiten besetzt.

Impressum

V.i.S.d.P.: Frank Schmitt, MdHB

Redaktion: Alexander Hund

Luruper Hauptstraße 274

22547 Hamburg